

31. Sitzung des Bundesrates vom 29. April 1952.

Vorsitz: Herr Bundespräsident Kobelt.

Abwesend: HH. Petitpierre, Rubattel, Feldmann (dienstlich).

Schriftführer: HH. Oser und Weber.

Beginn: 09.00 Uhr.

Schluss: 10.15 Uhr.

Verhandlungen mit der deutschen Bundesrepublik wegen der Clearingmilliarde.

Herr Vizepräsident Etter: Es konnte eine weitgehende Einigung erzielt werden. Die deutsche Delegation ist nach Bonn zurückgekehrt. Verhandlungen werden noch diese Woche aufgenommen.

Abgeltung der Clearingmilliarde auf Basis von 750 Mio.Fr. Bei den Deutschen besteht die Einsicht, dass ihnen unser Entgegenkommen gute Dienste leistet.

Resultat entspricht der erteilten Instruktion. Ablösung des Washingtoner Abkommens sollte von den Räten in der Junisession behandelt werden.

Die BK soll den eidg. Räten mitteilen, dass eine Botschaft über die Ablösung des Washingtoner Abkommens durch zwei andere Verträge vorgelegt werden wird.

Herr Weber: Erledigung des Abkommens soll erst erfolgen, wenn Einigung über die übrigen Schulden erzielt wird. Vielleicht könnte Sache in der vorgesehenen Zeit auch nicht vollständig perfekt werden.

Herr Etter: Herr Minister Stucki beurteilt Angelegenheit optimistisch. Die Begehren der Amerikaner sollten zurückgewiesen werden. Stucki glaubt nicht, dass sie darauf beharren werden.

Von der Schuld, die mit Zinsen 1500 Millionen ausmacht, wird ein geographischer Abzug gemacht (wegen Ostdeutschland) und ein Verarmungsabzug. Sollte sich das deutsche Staatsgebiet verändern, so können wir auf das Abkommen zurückkommen was den geographischen Abzug betrifft. In den 750 Mio sind die 121 Mio vom Washingtoner Abkommen inbegriffen.

Herr Weber: Abzug für Gebietsverlust 40 %. Sollten die Alliierten grösseren Abzug bewilligen, was nicht sehr wahrscheinlich, dann müssten wir mitmachen. Verzinsung des Restes ist noch strittig.

Dank des britischen Gesandten.

Der britische Gesandte hat für die Anteilnahme beim Hinschiede von Herrn Minister Crips gedankt.

Belegung des neuen Verwaltungsgebäudes.

Herr Vizepräsident Etter: Zum Bericht der Baudirektion betr. Belegung des neu zu erstellenden Verwaltungsgebäudes können wir später Stellung nehmen.



Herr Escher: Sollen wir dem Innern unsere Bemerkungen zukommen lassen?

Herr Etter: Ich wäre dankbar dafür. Die BK. soll allen Herren schreiben, dass sie ihre Bemerkungen dem Chef des Dep. des Innern zur Verfügung stellen. Wir werden Wünsche entgegennehmen, sie durch Baudirektion prüfen lassen und dann Bericht erstatten.

Tariffragen SBB.

Herr Escher: Es hat Besprechung mit den landwirtschaftlichen Verbänden und den Grenzkantonen stattgefunden. Eine Einigung wurde erzielt betr. Heu und Strohtransporte, Steintransporte, Reis aus dem Tessin, Transporte der Eisenindustrie, die Schrott verarbeitet.

Das kostet uns grosse Opfer der SBB. Heu und Stroh = 70'000 Fr., Steine = 200'000 Fr., Eisen = 110'000 Fr. Eines Tages werden die SBB diese Spezialentgegenkommen als bahnfremde Lasten bezeichnen. Hauptfrage der Transport von Düngemitteln. Keine Einigung wurde erzielt bei landwirtschaftlichen Stückgütern und bei den Eiern.

Filmvorführung der Polnischen Gesandtschaft.

Absagen durch Bundeskanzlei, weil Bundesrat am Donnerstag morgen nicht abkömmlich.

25 Jahre Schweiz. Zentrale für Handelsförderung.

Einladung geht an Chef EVD, der entweder selber hingehen oder einen Abteilungschef delegieren soll.

Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Politisches Dept.	<u>Geschäftsbericht Köln 1951.</u>
	<u>Geschäftsbericht Wien 1951.</u>
	<u>Geschäftsbericht Karachi. 1951.</u>
	<u>Geschäftsbericht Stockholm 1951.</u>
	<u>Geschäftsbericht Kairo 1951.</u>
	<u>Ernennung Josef Wick als Beamter des Internationalen Eisenbahnamtes.</u>
Dept. des Innern	<u>Verordnung betr. die Anforderungen an die kant. &amp; städt. Lebensmittelinspektoren.</u>
Militärdept.	<u>Schaffung eines Militärattachépostens in Warschau.</u>

Herr Weber: Wir machen keine Opposition, einmal weil der Posten dazu dienen kann, unsere neutrale Haltung zu unterstreichen und andererseits, weil es uns voraussichtlich wertvolle Meldungen liefern kann. Es stellt sich aber die Frage, ob man bei den andern Militärattachés eine Aenderung treffen kann. Brauchen wir wirklich in Teheran und Madrid einen?

- 3 -

Herr Bundespräsident: Teheran <sup>ist</sup> einer unserer bedeutendsten Posten, der uns wertvolle Nachrichten liefert. Madrid ist wichtig, weil dort das amerikanische Sprungbrett in Afrika eine Brücke nach Europa hat. Wir werden aber Frage prüfen.

Finanz &amp; Zolldept.

J. Keller, Wahl als Vizedirektor bei der Getreideverwaltung.

Volkswirtschaftsdept.

Kleine Anfrage Bircher.

Kleine Anfrage Bösch.

35. Session des Internationalen Arbeitsamtes.

Erdölschürfung und Ausbeutung im Kt. Freiburg.

Herr Bundespräsident: Sollten uns die beiden Fälle nicht veranlassen, das Problem mit den Kantonen zu behandeln.

Herr Etter: Nachdem die Regierungen von Luzern und Freiburg orientiert sind, erübrigen sich weitere Schritte.

Herr Weber: Es wäre gut, wenn EVD mit den Kantonen Fühlung nehmen würde, um die künftige Entwicklung zu besprechen.

Post &amp; Eisenbahndept.

Materialanschaffung der PTT-Verwaltung.

Luftverkehrsabkommen Schweiz-Syrien.

Fernsehfragen. Begutachtende Kommission.

Herr Escher: Wir haben die Organisationen, die man gewöhnlich in diesen Fragen begrüsst, eingeladen, Vorschläge zu machen für eine Kommission. Neben dieser grossen Kommission, die die Richtlinien für die Programmgestaltung gibt, soll eine Programmkommission stehen, die gewählt wird vom Zentralvorstand der Rundspruchgesellschaft. Herr Besançon hat nun einen Vorschlag unterbreitet, nach welchem kein Mitglied der kulturellen Kommission in der Programmkommission figuriert. Er fragt sich, ob dann die Mitglieder der grossen Kommission noch mitmachen wollen.

Herr Etter: Der Vorschlag des Herrn Besançon behagt mir nicht. Ich hatte Meinung, dass die Programmkommission eine Subkommission der grossen Kommission sein sollte.

Herr Weber: Gleicher Meinung. Wenn die kleine Kommission das Programm nach den Richtlinien der grossen Kommission gestalten muss, sollte zwischen beiden Kommissionen eine Fühlung bestehen.

Herr Escher: Wir können noch definitiv  
Stellung nehmen, wenn der neue Antrag vor-  
liegt.

---